

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Verwaltungsstrukturreform zurückstellen, um drängende Probleme zu lösen

Viele Appelle von Abgeordneten, Landräten, Bürgermeistern und Bürgern der verschiedensten Initiativen, auch in offenen Briefen, an die Landesregierung und politische Entscheidungsträger fordern pragmatische Lösungsmöglichkeiten für die anstehenden und ständig wachsenden Probleme.

Zunehmende Ängste, Unsicherheiten und aufwachsender Neid sind durch Schaffung von qualifizierten Regelungsmöglichkeiten in den zuständigen Verwaltungen aller Ebenen abzubauen.

Der schnelle Bevölkerungszuwachs im Berliner Umland, strukturelle Entwicklungsprobleme in ländlichen Räumen mit einem relativ geringen Arbeitsplatzangebot und einem bestehenden Fachkräftemangel, der Strukturumbruch in der Braunkohleregion, der zunehmende Flüchtlingsstrom samt den Herausforderungen für eine menschenwürdige Integration der Asylsuchenden, ebenso die Qualitätsmängel in der Bildung und der Reparatur- und Unterhaltungsstau der Infrastruktur drängen auf qualifizierte und zügige Lösungen unter Einbeziehung der örtlichen Abgeordneten und der Kommunalverwaltungen.

In der MOZ vom 16.10.2015 erklärten Bürgermeister aus dem Berliner Umland, dass ihre Städte wachsen wollen, dass Bedarf an Gewerbeflächen und Wohnungen besteht. In Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat werden inzwischen Potentiale in 53 Städten und Gemeinden ermittelt. Es wird beklagt, dass sich das Infrastrukturministerium, nach wie vor, an einem völlig überholten und rechtlich in Frage stehenden Landesentwicklungsplan und einer veralteten Bevölkerungsprognose orientiert und Brandenburger Kommunen „aus Potsdam“ keine Unterstützung bekommen.

Hinzu kommen die Herausforderungen angesichts des weiterhin anhaltenden Flüchtlingsstroms. Viele asylsuchende Menschen müssen zusätzlich in die Kommunen integriert werden. Unzählige ehrenamtliche Helfer bemühen sich in ihrer Freizeit, den Hilfesuchenden zur Seite zu stehen. Alle müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass Behörden sehr oft überfordert sind, Abstimmungen nicht optimal gestaltet werden und notwendige Entscheidungen spät getroffen werden.

Ununterbrochen weisen Praktiker, besonders auch ehrenamtlich Aktive und die Medien darauf hin, dass die bürokratischen Verfahren in vielen Bereichen untauglich sind. Das trifft auf die Erfassung, die Vermittlung in Arbeit, die Bereitstellung und Schaffung von Wohnungen, die Organisation von Mobilität zwischen Behörden, Bildungseinrichtungen oder Versorgungseinrichtungen und weitere Bereiche zu.

Verwaltungsorganisatorisch ist es notwendig, schnellstens ein einfach praktisch nutzbares und verständliches Integrationskonzept als Leitfaden für handlungsfähige Entscheidungsstrukturen zu entwickeln und landesweit die ehrenamtlichen Helfer einzubinden, um die genannten Probleme zeitnah zu lösen, Reibungsverluste und Doppelbearbeitungen zu vermeiden und Sicherheit in allen Verwaltungs- und Arbeitsebenen zu schaffen.

Es ist schnelles, umsichtiges und vertrauenswürdiges Handeln in den Kommunalverwaltungen ist mehr denn je gefordert. Dazu muss den Kommunen mehr Vertrauen entgegengebracht werden.

Die Leitbilddiskussionen zur Verwaltungsstrukturreform werden nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung als überflüssig abgelehnt, in den Kommunalverwaltungen wurden erhebliche Verunsicherungen geschaffen, was zu Motivationslosigkeit und anderen Belastungen führt.

Im ganzen Land wird ein Leitbild für die zukünftige Entwicklung, für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, von Wohnraum, einer geordneten Integration, auf der Basis einer modernen sozialen und technischen Infrastruktur, angemahnt.

Ein intensives Weiterführen der Verwaltungsstrukturreform in dieser Situation und auf der Grundlage der völlig überholten Bevölkerungsprognosen würde die Handlungsfähigkeit in den Kommunen, ihren Gremien, den Verbänden und Organisationen unnötig lähmen.

Beschlussvorschlag:

Die Landesregierung wird beauftragt:

1. Die geplante Verwaltungsstrukturreform für 2019 wird umgehend ausgesetzt.
2. Die umfangreichen Verwaltungskapazitäten, insbesondere das Verwaltungspersonal der Ministerien, soll schwerpunktmäßig bei der Organisation, Vorbereitung und Sicherstellung der sozialen Betreuung, insbesondere auch bei der Betreuung von Flüchtlingen in Wohnungen, tätig werden.
3. Ein qualifiziertes Integrationskonzept, das an der derzeitigen Situation orientiert, ist zu erarbeiten und als Handlungsleitfaden den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Beinhalten sollte dieses Konzept, die Darstellung der pflichtigen Kommunikationswege zwischen den Beteiligten und eine Hotline für Problembesprechungen.
4. Wegen des bevorstehenden Winters ist ein umfassender Check-Up im gesamten Netzwerk der Flüchtlingsaufnahme durchzuführen, um Schwachstellen bei starken Schneefällen oder Starkfrösten bzw. anderen Extremsituationen rechtzeitig zu erkennen und frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten oder vorzubereiten.
5. Das Gemeindehaushalts- und Kassenrecht soll umgehend so überarbeitet werden, dass die Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung ausüben können.

6. Vor Weiterführung der Verwaltungsstrukturreform ist zu ermitteln, welche Vorteile in welchen Bereichen genau zu erwarten sind, wo im Detail finanzielle Mittel gespart werden und wie viel Kosten die Strukturreform verursacht.
7. Es ist ein Verwaltungsatlas zu erarbeiten, der für alle Gebiete des Landes die angebotenen Verwaltungsleistungen und Vernetzungen auf Karten darstellt, um den jetzt tätigen Ehrenamtlichen und den Bürgern einen Überblick über mögliche Ansprechpartner zu bieten.

Begründung:

In den letzten Jahren haben sich leistungsfähige Kommunalverwaltungen entwickelt, die besonders in dieser Flüchtlingskrise bei der Integration von Menschen gefordert sind. Die Beförderung der Zusammenarbeit und vor allem die gegenseitige Hilfe zwischen den Behörden sollte intensiv weiterentwickelt werden.

Flüchtlingsinitiativen fordern an den verschiedensten Stellen mehr Hilfe, zügige Bearbeitungen oder Hinweise, wie Probleme in besonderen Fällen gelöst oder finanziert werden können. Nicht nur im Landkreis Oder-Spree stoßen Hilfsorganisationen an ihre Grenzen, dies trifft für verschiedene Teile im ganzen Land zu.

Da der Flüchtlingsstrom nicht abreißt und der Winter vor der Tür steht, ist es notwendig, intensive Bemühungen auf die soziale Betreuung und angemessene Unterbringung der zu integrierenden Menschen zu konzentrieren.

Die von der großen Mehrheit der Brandenburger Bevölkerung abgelehnte Verwaltungsstrukturreform ist auszusetzen.

Die Verwaltungskapazitäten sind für konstruktive Entwicklungs- und Integrationsaufgaben zwecks schneller Entscheidungsfindung und -umsetzung im Land zur Verfügung zu stellen und zu bündeln, um zügiger Problemlösungen herbeizuführen.

Dabei sind besonders die Schaffung von geordneten Entwicklungsmöglichkeiten für die Kommunen, so im Berliner Umland, aber auch in den ländlichen Räumen, wie der Lausitz oder der Uckermark, von großer Bedeutung.

Nur die zügige Entwicklung guter Rahmenbedingungen für die Schaffung von Produktions- und Serviceeinrichtungen in den Kommunen, sichert auch Einnahmen, die zukünftig benötigt werden, um den Investitionstau in den verschiedensten Bereichen abzubauen, Arbeitsplätze könnten gesichert und geschaffen werden.

Diese Aussagen der Lausitzkonferenz Anfang Oktober 2015 in Spremberg treffen für das ganze Land zu.

Durch eine unkomplizierte Integration von Flüchtlingen in Beschäftigung und Arbeit kann den bisher anfallenden Kosten entgegengewirkt werden.

Flüchtlinge dürfen nicht Bürokratieopfer werden!

Angeregt wurde bei den Leitbildkonferenzen, dass die Kommunale Selbstverwaltung zuerst wieder hergestellt werden muss, bevor über deren Stärkung philosophiert wird. Eine erhebliche Anzahl an Gemeinden in Brandenburg befindet sich in der Haushaltssicherung, Kredite belasten die Gemeinden überdurchschnittlich.

Durch das doppelte Haushalts- und Kassenrecht in Brandenburg waren Ausgleichsrückstellungen für das vorhandene Eigenkapital (wie z.B. in Sachsen) nicht möglich. So müssen nun Abschreibungen auf Straßen, Schulen, Grünanlagen/Plätze oder Denkmale gebildet werden, ohne dass Einnahmen erwirtschaftet werden können.

Dies hat zur Folge, dass sich die Haushaltssituationen systematisch verschlechtern, Handlungsrahmen für die Kommunen werden immer geringer, so dass Entscheidungen nicht mehr von gewählten Gemeindevertretern getroffen werden, sondern von den Kommunalaufsichten.

Diese Struktur- und Systemfehler verhindern nicht nur demokratische Arbeitsweisen in den Kommunalvertretungen, sie entziehen den Kommunen das Mitspracherecht bei Gestaltungsvorgängen.

Die ungeklärte Finanzierung der bisher geplanten Verwaltungsgebietsreform und die fehlende Evaluierung der vergangenen Reformen würden beim Beibehalten des bisherigen Reformkurses die finanzielle Situation in den Kommunen weiter verschärfen. Fragen, Probleme und Sorgen der Bürger zu klären und zu bearbeiten wird aus der Ferne erheblich mehr Verwaltungsaufwand und Kosten für die Verwaltungen und für die Bürger verursachen.

Die bestehende Problemlage erfordert ein konstruktives Entwickeln von Lösungen, möglich wird dies durch entsprechendes Handeln in Politik und Verwaltung.

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe